

Der Kapitalmarkt

Informationsservice für politische Entscheider

EXTRA

Okt. 2026

Klare Mehrheiten: Österreicher für Zukunftsdepot

Ein Problem der Bundesregierung ist ihre defensive Aufstellung. Vom Spritpreis über die Inflation bis zum Wehrdienst: Meist ist sie Getriebene. Umso erstaunlicher war, als Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) im Spätsommer mit dem „Zukunftsdepot“ ein Offensivthema forcierte. Die Idee: Künftig soll es möglich sein, für Kinder und Jugendliche bis zur Volljährigkeit ein Wertpapierdepot zu eröffnen. Bis zu 5.000 Euro pro Jahr können veranlagt werden: Banken verrechnen keine Gebühren, der Staat verzichtet auf die Kapitalertragssteuer. Mit dem 18. Geburtstag entscheiden die Jugendlichen, was sie mit dem Angesparten machen. Die Schaffung von Eigentum ist genauso möglich wie eine Investition in den Bildungsweg oder die weitere Veranlagung, etwa zur Pensionsvorsorge. Beispiel: Bei einer Veranlagung von 1.800 Euro pro Jahr und einer durchschnittlichen Rendite wäre das Depot im Alter von 18 mit rund 63.000 Euro gefüllt.

Machtwort des Souveräns

In der schwarz-rot-pinken Regierung stand das Projekt auf grün. Allein: Nach der Präsentation geriet Sand ins Getriebe. Stocker plädierte weiter für den Kapitalmarkt und „mehr Kapital für Innovation und Investitionen.“ NEOS blieben auch beim „Ja“, doch Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) stellte den Starttermin per 1.1.2027 als „praktisch unmöglich“ in Frage. Und obwohl im Budget von Familienministerin Claudia Bauer (ÖVP) 40 Millionen Euro für einen zusätzlichen „Startbonus“ für Depots von Neugeborenen in Höhe von je 500 Euro eingeplant sind, sorgte er sich plötzlich um die Gegenfinanzierung. Andere SPÖ-Vertreter orteten überhaupt eine Maßnahme für Besserverdienende.

Einem Praxistest hält die Zuspitzung nicht stand. Denn auch bei geringen Beträgen rentiert sich das Depot. So sieht das auch die Bevölkerung. Meinungsforscher Peter Hajek befragte Mitte September (14.–17.) im Auftrag des Aktienforums online 500 Österreicherinnen und Österreicher (max. Schwankungsbreite: +/- 4,4%). Das Ergebnis: Mit Ausnahme der FPÖ-Wählerschaft gibt es bei allen Wählergruppen Mehrheiten für den Stocker-Vorstoß.



© BKA | Andy Wenzel

Gespannte Atmosphäre

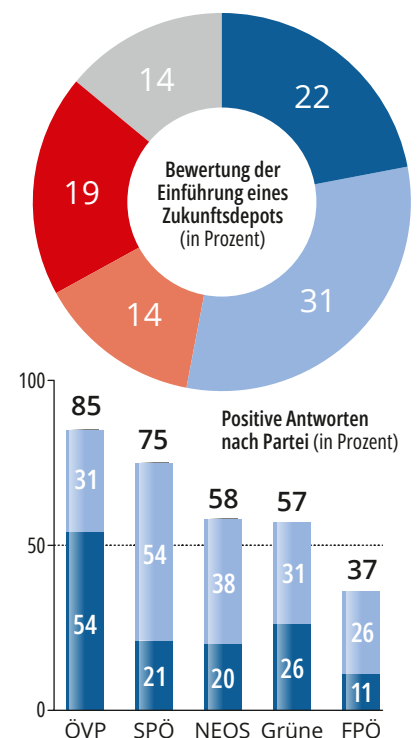
Das „Zukunftsdepot“ von Kanzler Christian Stocker (ÖVP; re.) wird von SP-Finanzminister Markus Marterbauer skeptisch beäugt

■ sehr gute Idee ■ eher gute Idee ■ weniger gute Idee
■ gar keine gute Idee ■ weiß nicht/keine Angabe

Quelle Grafik 1-3: Public Opinion Strategies

Grafik 1: Depot mit Zukunft

53 Prozent der Befragten sind für die Einführung eines „Zukunftsdepots“, ÖVP-Wähler sind stark, FP-Wähler weniger euphorisch



Antworten „sehr gute Idee“ und „eher gute Idee“, aufgeschlüsselt nach Parteizugehörigkeit.

Auf die Frage, was sie vom „Zukunftsdepot“ halten, sagen 53 Prozent der Befragten, es sei eine „sehr gute“ (22%) oder „eher gute“ Idee (31%). 33 Prozent sind nicht überzeugt (14% „weniger gute“, 19% „gar keine gute Idee“). Betrachtet man die Wählerschaft der Parteien, ist jene der ÖVP am euphorischsten: Gleich 85 Prozent sind Fans des Depots, 54 Prozent halten es für eine „sehr gute“, 31 Prozent für eine „eher gute Idee“. Bei den Sozialdemokraten sind auch 75 Prozent positiv (21/54), bei NEOS 58 Prozent (20/38). Auch die oppositionellen Grünen sind zu 57 Prozent unterstützend (26/31). Nur bei der FPÖ herrscht Kritik vor: Immerhin sind auch hier 37 Prozent für die Idee (11% „sehr gut“; 26% „eher gut“); dagegen sind 53 Prozent (17% „weniger gute Idee“; 36% „gar keine gute Idee“).

Basis gegen SPitze

Erstaunliches fördert die Frage nach der Einstellung zum 500-Euro-Startgeld für Neugeborene zutage. Hier stellen sich die SPÖ-Wähler zu 70 Prozent gegen das eigene Finanzressort und sind die stärkste Gruppe, die für einen Bonus eintritt (33% „sehr gute Idee“; 37% „eher gute Idee“). Bei der ÖVP sind es 61 Prozent (38/23), bei NEOS dagegen nur 45 Prozent (15/30). In dieser Frage sind die Grünen eher auf Linie des Kanzlers – und zwar zu 52 Prozent (13/39). Am skeptischsten sind erneut Freiheitliche, auch wenn 35 Prozent der Idee einiges abgewinnen können (14/21).

Steuern runter!

Noch eindeutiger ist das Meinungsbild, wenn unabhängig vom „Zukunftsdepot“ Kapitalmarkt-Investitionen für die private Pensionsvorsorge steuerlich begünstigt werden sollen. In der Gesamtbevölkerung halten das 71 Prozent für wünschenswert (36% „sehr gute Idee“; 35 Prozent „eher gute Idee“). Hier liegen wieder die ÖVP-Wähler mit 90 Prozent vorne (58/32); Danach folgt die am Kapitalmarkt sehr stark investierte Wählerbasis der Grünen mit 82 Prozent Zustimmung (51/31). Auf Platz 3 rangieren die SPÖ-Wähler mit einer für manch Parteigranden wohl erstaunlichen Zustimmung von 80 Prozent (40/40). NEOS-Wähler finden sich mit 78 Prozent Zustimmung auf Platz vier (37/41). Schlusslicht ist auch hier die FPÖ-Wählerschaft, was man bei einer Zustimmungsrate von 69 Prozent (33/36) für eine steuerliche Begünstigung aber nicht negativ werten muss.

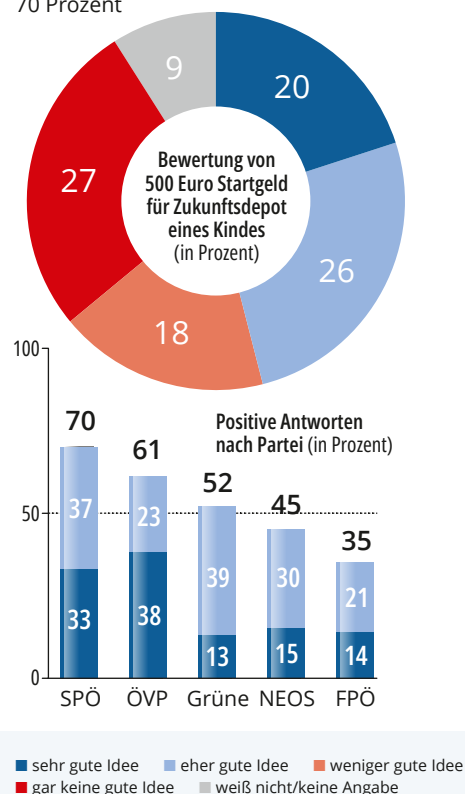
Kaum Unterschiede gibt es, was die Form der steuerlichen Entlastung angeht. In der Gesamtbevölkerung hielten 71 Prozent der Befragten die Steuerfreistellung eines jährlichen Betrags für sinnvoll (33% „sehr gute Idee“; 38% „eher gute Idee“). 73 Prozent, also etwas mehr, können einer Behaltfrist, die es in Österreich bis 2011 gab, etwas abgewinnen (36/37).

Rote Laterne

Blickt man auf das Umfeld in Sachen Wertpapiersparen, vollzieht die Bevölkerung hier bloß einen internationalen Trend. Denn 31 von 32 untersuchten europäischen Staaten kennen Behaltfristen, Freibeträge

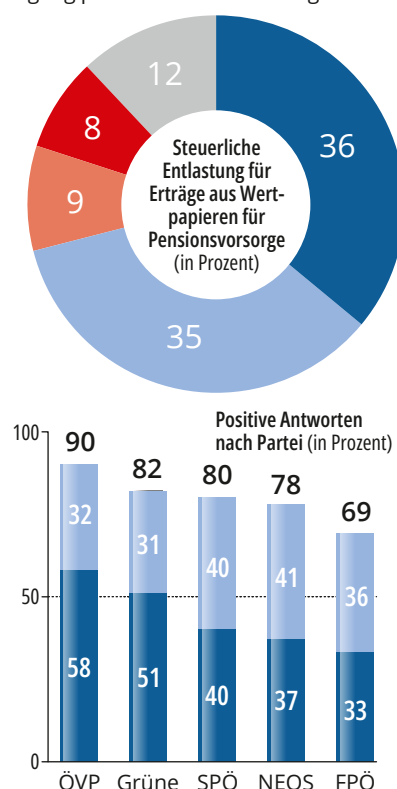
Grafik 2: **Bonus im Plus**

In der Gesamtbevölkerung gibt es eine leicht positive Meinung zum Startgeld, bei der SPÖ-Wählerschaft gar eine Mehrheit von 70 Prozent



Grafik 3: **Einig über Parteigrenzen**

Alle Parteilager wollen eine steuerliche Begünstigung privater Pensionsvorsorge durchsetzen



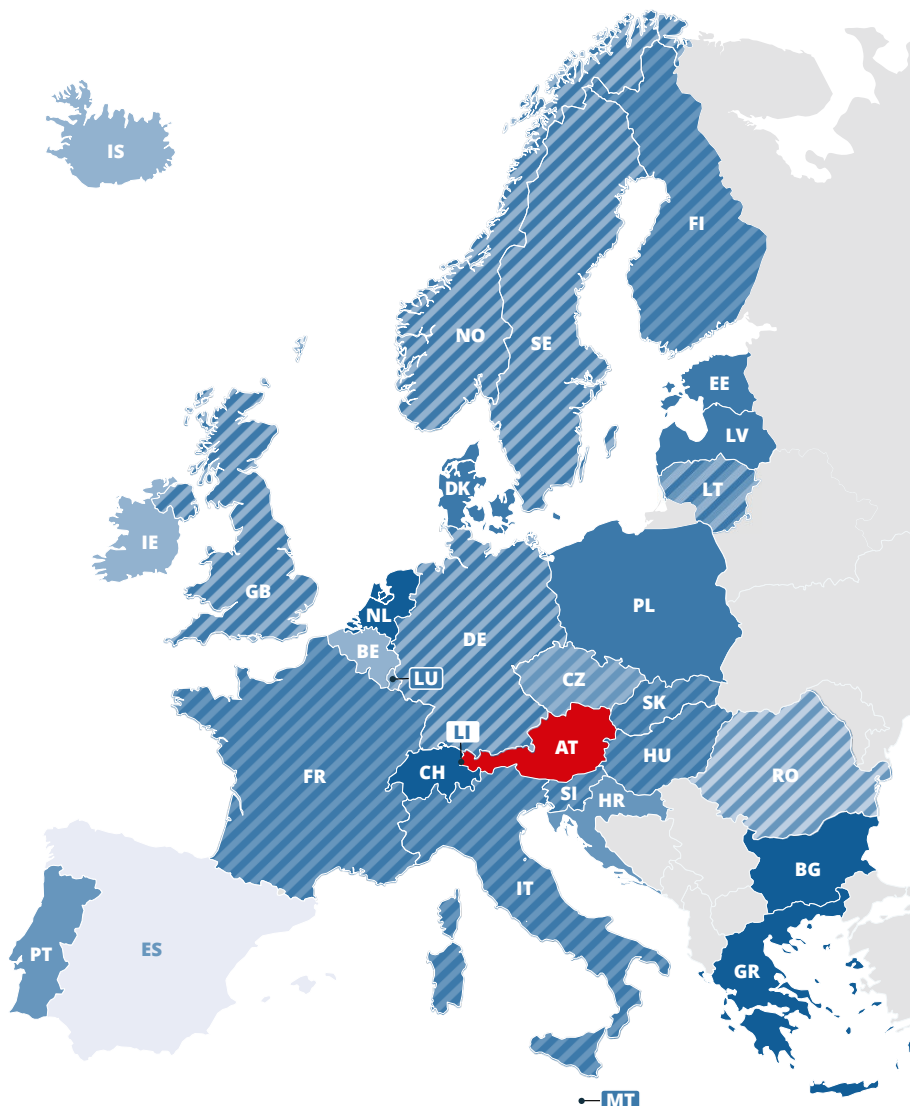
oder Anlagekonten, welche die private Vorsorge fördern. Die letzte Trutzburg, die sich gegen jede Form steuerlicher Anreize in der Pensionsvorsorge sperrt, ist die Alpenrepublik. In der Schweiz, den Niederlanden, Polen oder auch Griechenland sind private Kursgewinne generell steuerfrei. Die meisten anderen Staaten, etwa Deutschland oder Frankreich, haben Mischsysteme aus Freibeträgen, Behaltefristen, Anlagekonten oder ermäßigten bzw. gestaffelten Sätzen.

Hoffnungslos sollte man aus Kapitalmarktsicht nicht sein. Vor gut zehn Jahren galten Österreicher als Wertpapiermuffel. Seither hat sich der Anteil der Wertpapierbesitzer rund versechsfacht. Aktuell ist etwa ein Drittel in Wertpapieren investiert. Auch der mediale Wind hat sich gedreht, zuletzt argumentierte etwa „Der Standard“ in Richtung einer Senkung von Wertpapiersteuern (6.9.). Vielleicht also bringt der positive Druck der Straße das „Zukunftsdepot“ und generell die steuerliche Erleichterung von Kapitalmarkt-Investments für die Pensionsvorsorge schneller ans Ziel als geglaubt.

Fleckerlteppich mit Loch

Im Herzen Europas findet sich das einzige Land ohne steuerliche Anreize für privates Wertpapiersparen – Österreich

Quelle: BMF



- allgemeine Befreiung (7)**
private Kursgewinne generell steuerfrei
BG · CH · CY · GR · LI · MT · NL
- Anlagekonto (15)**
begünstigtes Spar- und Anlagekonto – DE · DK
· EE · FI · FR · GB · HU · IT · LT · LV · NO · PL · SE · SI
· SK
- Behaltefrist (12)**
Steuerfreiheit o. Abschlag nach Mindesthaltedauer
CZ · FI · FR · HR · HU · IT · LT · LU · PT · RO · SI · SK
- Freibetrag (10)**
fixer steuerfreier Jahresbetrag
BE · CZ · DE · GB · IE · IS · LT · LU · NO · SE
- ermäßigter Satz (1)**
niedrigerer Satz als der Normaltarif – RO
- progressiv gestaffelter Satz (1)**
Tarifstufen – ES
- kein Instrument (1)**
AT

Länder mit mehreren Instrumenten sind in den jeweiligen Tönen schraffiert und in jeder zutreffenden Zeile genannt.

Über uns



Die Interessenvertretung der börsennotierten Unternehmen und Plattform zur Förderung des österreichischen Kapitalmarkts

Das Aktienforum repräsentiert die wesentlichen Verantwortungsträger am Finanzplatz Österreich. Auf unsere Mitglieder entfallen drei Viertel der Marktkapitalisierung der Wiener Börse. Neben den börsennotierten Unternehmen sind Banken und Finanzdienstleister, Finanzberater und andere Interessenvertretungen, die sich für den österreichischen Finanzplatz und Kapitalmarkt engagieren, Mitglieder des Aktienforums.

Das Aktienforum vertritt seit seiner Gründung im Jahr 1989 die Interessen seiner Mitglieder sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und ist Mitglied der European Association for Share Promotion (EASP).

Wir freuen uns über Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit zur Verfügung.

Geschäftsführer Mag. Karl Fuchs
k.fuchs@aktienforum.org

Sie finden „Der Kapitalmarkt“ auch in elektronischer Form unter:
www.aktienforum.org

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.
Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Fotocredits: Foto Angelika Sommer-Hemetsberger: © OeKB David Sailer | Foto Karl Fuchs: © Aktienforum
Grafikdesign: Harald Punz



**Angelika
Sommer-
Hemetsberger**

Präsidentin
des Aktienforums



Karl Fuchs

Geschäftsführer
des Aktienforums

Impressum

Medieninhaber
und Herausgeber:

Aktienforum –
Österreichischer
Verband für Aktien-
Emittenten und
-Investoren
Lothringerstraße 12,
1030 Wien

www.aktienforum.org

ZVR-Zahl: 376366751